

**Pressemitteilung**  
09.02.2009

## **CDA fordert: Schluss mit juristischen Scharmützeln – ran an einen Tisch! 5-Punkte-Plan für Steine ohne Kinderarbeit!**

Immer mehr Städte und Kommunen ändern ihre Friedhofssatzung. Steine, ob aus China oder Indien, sollen mit einem Zertifikat versehen sein, das eine Herstellung ohne Kinderarbeit zusichert. Wer will schon unter einem Stein begraben werden, für dessen Herstellung Kinder bluten mussten? Die Antwort dürfte klar sein.

Dennoch führen Steinmetze in München oder Rheinland-Pfalz teure Prozesse gegen solche Satzungen – leider mit Erfolg. Sie sehen die Freiheit ihrer Berufsausübung beschnitten. Ergebnis: Die fortschrittlichen Städte müssen nun zurückrudern. Zum einen, um eben diese „Freiheit der Berufsausübung“ nicht zu gefährden. Zum anderen, weil der Stadt nach dem Urteil der Richter „ein spezifisch örtlicher Bezug“ fehlt, wenn es um die Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit außerhalb Europas geht.

Bei all den juristischen Auseinandersetzungen darf aber nicht das wichtige Ziel aus den Augen verloren werden – eine Welt ohne Kinderarbeit. Und ganz konkret: Das Ziel, dass keine Natursteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit mehr verwendet werden. Solche Steine gehören nicht auf unsere Friedhöfe, nicht auf öffentliche Plätze, nicht in private Häuser.

### **Daher schlägt die CDA folgenden 5-Punkte-Plan vor:**

- 1.** Das neue **Vergaberecht**, das der Bundestag verabschiedet hat, muss am 13.02.2009 vom Bundesrat beschlossen werden. Dieses Gesetz schafft die notwendige rechtliche Klarheit dafür, dass Sozialklauseln bei öffentlichen Aufträgen zulässig sind. Kauft eine Stadt Steine für die Pflasterung ihres Marktplatzes, so kann sie verlangen, dass diese nicht aus Kinderarbeit stammen.
- 2.** Es muss zusätzlich eine rasche Initiative für eine rechtliche Regelung mit Blick auf kommunale Friedhofssatzungen geben. Zumindest muss jede Stadt und Gemeinde das Recht haben, die **Friedhofssatzungen** so zu ändern, dass die Aufstellung von Grabstei-

nen aus Kinderarbeit verboten wird. Viele Kommunen haben das schon gemacht, sind aber auf Druck von Steinmetzen durch Gerichte zurückgepfiffen worden. Da Grabsteine von Privatleuten gekauft werden, wird für die Friedhofssatzungen mit dem neuen Vergaberecht die erforderliche gesetzliche Klarheit noch nicht geschaffen. Der Gesetzgeber ist also erneut gefordert.

3. Egal ob eine Stadt für einen öffentlichen Platz Steine kauft, ob Hinterbliebene den Grabstein für einen Verstorbenen aussuchen oder ein Häuslebauer Pflastersteine für den Innenhof oder eine Granitplatte für die Küche sucht – jeder, der Steine kaufen will (oder muss), die nicht aus Kinderarbeit stammen, braucht auch die Gewissheit, dass tatsächlich keine Kinderarbeit im Spiel ist. Dieser Ausschluss ausbeuterischer Kinderarbeit – möglichst sogar die Einhaltung der kompletten Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) - muss durch unabhängige, durch **unangemeldete Kontrollen abgesicherte Zertifikate** dokumentiert werden.
4. Auch mit dem Ziel, ein objektives, glaubwürdiges und durch unabhängige Kontrollen abgesichertes **Sozialsiegel** zu entwickeln, müssen die Beteiligten in Deutschland an einen Tisch – alle die, die eine Verbannung von Steinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit fordern; außerdem Steinmetze sowie Handelsunternehmen wie etwa Baumärkte, die Natursteine verkaufen; und zudem alle Fachleute und Organisationen, die die Einhaltung von Sozialstandards überprüfen und glaubwürdig bestätigen können. Wenn die Steinmetze es ernst meinen mit ihren Äußerungen, sie wollten keine Kinderarbeit bzw. es gebe keine Kinderarbeit in Steinbrüchen, dann müssen sie ein umso größeres Interesse an einem Siegel haben, welches „saubere“ Produktionsbedingungen, die es ja nach ihrer Auffassung schon gibt, zertifiziert.  
Die CDA ist gern bereit, zu einem solchen „Runden Tisch gegen Kinderarbeit bei Natursteinen“ einzuladen.
5. Die **ILO** ist weltweit präsent. Sie muss ihre Inspektoren überall in Steinbrüche schicken. Die Sanktionsmöglichkeiten der ILO müssen erweitert werden, damit, wenn sie Fälle von Ausbeutung und Kinderarbeit entdeckt, handeln und die Täter an den Pranger stellen kann.